

## Information unabhängiger Gruppen über die von den Behörden niedergeschlagene Demonstration am 7. Juni in Berlin

Einem anonymen Aufruf "betroffener Wähler" folgend wollten sich am 7. Juni um 16 Uhr viele Berliner vor dem Konsistorium der Evangelischen Kirche in der Neuen Grünstraße treffen, um mit einem Schweigemarsch zum Staatsratsgebäude und der Abgabe einer Eingabe gegen den offenbar gewordenen Wahlbetrug bei den Kommunalwahlen protestieren. Die meisten konnten das Konsistorium nicht erreichen, da sie von einem einzigartigen Aufmarsch von Sicherheitsorganen spätestens ab 15.30 zurückgedrängt wurden. Aktiv war in dieser Phase hauptsächlich die Polizei, die zahlreiche LO's und Toniwagen aufgefahren hatten und mit Sperrketten arbeiteten. Dabei wurden 40-50 Menschen festgenommen und sogleich in die von der Staatssicherheit ausgebauten Kellerräume des Untersuchungsgefängnisses Rummelsburg und nach dem Staatssicherheitsgefängnis in der Magdalensstraße gefahren.

Die beim Konsistorium Ankommenden wurden in eine Kapelle der nebenliegenden Gemeinde eingeladen. Während der Diskussion über die ausweglose Situation für eine Diskussion angesichts des massiven Behördenaufgebots setzte sich der Vorschlag durch, für 19.00 Uhr in der Sophiengemeinde eine Informationsandacht anzusetzen.

Natürlich war die Sophienkirche gegen 19.00 bereits von Funkstreifenwagen der Polizei und kleinen Gruppen von 3-10 Stasileuten umgeben. Zu einer Behinderung von Ankommenden kam es aber zunächst nicht. Die Informationsandacht wurde von Pfarrer Passauer und Stadtjugendpfarrer Hülsemann gehalten, die unter anderem einen Bericht über die Vorgänge am Konsistorium brachten und an die dort Festgenommenen erinnerten. Zunehmend wurden sie aber von ungeduldrigen Zwischenrufern unterbrochen, die dazu aufforderten, mit dem Labern Schluß zu machen. "Wir wollen zum Staatsrat gehen und unsere Eingabe überreichen", hieß es. Einer ging nach vorne und las die Eingabe vor, in der auf Grund landesweiter unabhängiger Wahlbeobachtungen Wahlbetrug konstatiert wurde und die Behörden aufgefordert wurden, endlich auf die zahlreichen Eingaben und Anzeigen zu reagieren. Daraufhin wurde von einem der Pfarrer eine von Kirchenmitarbeitern überarbeitete gemilderte Fassung vorgelesen. Neue Sprecher sprachen von Verschleppungstaktik. Es sei sinnlos in kirchlichen Räumen die aufgeworfenen Fragen tot zu reden; die Sache gehöre in die Öffentlichkeit, auf die Straße. Man müsse sich an die Bevölkerung wenden, das sei in geschlossenen Räumen nicht möglich. Ein Trupp setzte sich langsam in Bewegung, die anderen folgten nach und nach.

Ein Zug von 150-200 Leuten formierte sich langsam und war im Begriff aus dem Gelände der Sophienkirche in die Große Hamburger Straße nach links abzubiegen. Vorneweg wurde eine mit schwarzem Tuch bedeckte Wahlurne und ein Transparent getragen. Sofort bemächtigten sich etwa 20 Polizisten und Stasi-Leute der Wahlurne und des Transparents und nahmen einen etwa 15-jährigen Jungen, den Sohn von Pfarrer Passauer dabei fest. Die Demonstranten versuchten zunächst mit Erfolg die Vordersten vor Angriffen zu schützen und drängten dann zurück auf den Platz vor der Toreinfahrt des Sophiengeländes. Dort setzen sich alle, dicht an dicht gedrängt, hin. Die Sitzenden begannen Lieder zu singen. Die Polizei zog sich zurück, während die Stasi-Leute sich zu formieren begannen.

Der Einsatzleiter der Polizei, ein Hauptmann, forderte zur Auflösung der Ansammlung auf. Er ließ sich auf Verhandlungen mit einigen Demonstranten, darunter Pfarrern, ein. Die Demonstranten schlugen vor, daß sich die Menge sofort zerstreut, sobald 3 Delegierte im Staatsratsgebäude die Wahleingabe abgegeben haben und sicher zurückgekehrt sind und machten ihre friedlichen Absichten deutlich. Der bekannte Leiter der Abteilung Kirchenfragen beim Magistrat, Musler, ging, um dieses Angebot telefonisch seinen Vorgesetzten zu Gehör zu bringen, kehrte aber nicht zurück. Die Verhandlung wurde dadurch beendet, daß ein Stasi-Zivilist den VP-Hauptmann mit sich nahm.

Währenddessen waren auf der linken Seite 5 LOs und ein Toniwagen der Polizei vorgefahren und auf der den Demonstranten gegenüberliegenden Straßenseite ballten sich 150-200 Stasi-Leute. Von der Polizei war das Kommando "Absitzen!", "Gummiknüppel!", "Einsatz!" zu hören. 10 bis 20 Polizisten drangen auf der linken Seite der sitzenden Menschentraube ein, während die gesamte Masse der Stasi-Leute, ebenfalls mit Gummiknüppeln ausgerüstet, in der Mitte einen Keil in die Demonstranten trieben. Unter Treten, Schlagen, dem Einsatz von Gummiknüppeln und z.T. an den Haaren wurden die Sitzenden weggezerrt und in drei rechts stehende Stasi-Busse geschleppt. Auch die Polizei war von unerhörter Brutalität. Die größte Masse der Demonstranten blieb sitzen und wehrte sich nicht. Nur einige ließen sich von den brutalen Exzessen der Sicherheitskräfte provozieren. Der Einsatz war eindeutig MfS-geleitet und wurde von dessen Offensive gekennzeichnet.

Der Stasi-Keil wurde bis zum Tor des Sophiengeländes vorgetrieben. Alle die sich bis dahin nicht auf das Gelände zurückgezogen hatten, etwa 75 bis 80 Leute, wurden abtransportiert. Beobachtet wurde die Abfahrt von zwei gefüllten Stasi-Bussen, sodaß man mit der Festnahme von etwa 150 Leuten rechnen muß. Nach diesen Festnahmen zogen sich die Stasi-Leute wieder auf die gegenüberliegende Straßenseite zurück. Verhandlungen der Pfarrer über die Freilassung der Festgenommenen erwiesen sich als fruchtlos. Es kam zu gegenseitigen Beschimpfungen. Ein Stasi-Mann in gelbem Blusson brüllte: "Thr paar

Leute. Wir holen noch eine Hundertschaft ran und dann hauen wir euch richtig!"

Gegen 21 Uhr kamen die restlichen Demonstranten in der Sophienkirche zusammen, während die Kirchenleute draußen mit den Sicherheitskräften zu verhandeln versuchten. Ein Angebot, einzeln oder zu zwei das Gelände unangefochten verlassen zu können, wurde von den Versammelten abgelehnt. Nur Trupps von 5 bis 6 Leuten hätten auch bei einem plötzlichen Überfall die Chance, mindestens durch einen von ihrem Verschwinden zu informieren. Schließlich wurde die Forderung angenommen. In Gruppen zu 5 bis 6 Leuten verließen die Anwesenden gegen 21.30 unbehelligt das Sophiengelände.

Die am Nachmittag Festgenommenen waren, wie bereits gesagt, teils in den Stasi-Keller des Untersuchungsgefängnisses Rummelsburg, teils in das Stasi-Gefängnisse der Magdalenstraße verschleppt worden. Sie wurden, nach unseren Informationen, nach kürzeren oder längeren Verhören bis 22 Uhr entlassen. Allerdings liegt uns keine genaue Namensliste vor. Die vor der Sophienkirche Festgenommenen wurden vor dem Einladen roh beleidigt und mißhandelt. Frauen mußten sich gefallen lassen, von den Stasi-Leuten unter sexistischen Bemerkungen begrabscht zu werden. Nach einer kleinen Stadtrundfahrt über Rummelsburg zur Magdalenenstraße, blieb der eine Bus an letzterem Ort, die anderen wurden in die Rummelsburger Keller gebracht. Den Festgenommenen wurde ein Fragenkatalog vorgelegt, in dem die erwähnte Wahlurne, das Transparent, die Erklärung, die Hauptredner in der Sophienkirche und Widerstand gegen staatliche Maßnahmen die Eckpunkte bildeten. Ab 2.30 Uhr am 8. Juni wurden einige der Festgenommenen entlassen, z.T. mit Androhung von Ordnungsstrafen zwischen 400 bis 500 Mark. Nach Auskunft der Behörden wurden die Letzten um 6 Uhr entlassen.

### Erklärung

Am 7. 6. 1989 fanden sich Bürgerinnen und Bürger in Berlin zu einem öffentlichem Protest gegen die Verfälschung des Wahlergebnisses vom 7. 5. 1989 zusammen. Der massive Einsatz der Sicherheitskräfte verhinderte die Überbringung einer Eingabe an den Staatsrat, mit der mündige Bürger das gesetzlich zugesicherte Recht wahrnehmen wollten, Einfluß auf die Gestaltung der Gesellschaft auszuüben. Die Reaktion der Staatsmacht ist symptomatisch für die Verhältnisse in der DDR. Die willkürliche Rechtspraxis und der rücksichtslose, gewaltsame Einsatz von Polizei und Staatssicherheit als einzige Antwort auf den Mitgestaltungswillen der Bürger sind eine politische Bankrotterklärung. Die Ereignisse haben wieder einmal die Dringlichkeit einer öffentlichen Kontrolle nicht nur der Wahlen, sondern auch der übrigen behördlichen Maßnahmen bewiesen. Macht darf nicht mehr länger im Namen des Volkes und auf dem Rücken der Bevölkerung stattfinden. Wenn die Herrschenden ihren demokratischen oder sogar sozialistischen Anspruch noch länger aufrecht erhalten wollen, müssen sie jetzt einen Dialog mit der Bevölkerung beginnen und einen Versuch mit Wahrhaftigkeit und Ehrlichkeit machen. Die schweren Fehler der Vergangenheit und die großen anstehenden Probleme unseres Landes können nur durch gemeinsame Verantwortung und Anstrengung des ganzen Volkes bewältigt werden.

Mündige Bürger